
04.02.2020

Verhandlungen zur Tierheim-Finanzierung gescheitert

Gleich zu Beginn des Jahres 2020 erhält der Tierschutzverein 1924 e.V. von Regionalverbandsdirektor Peter Gillo offiziell die Mitteilung, dass die Verhandlungen zur Tierheim-Finanzierung gescheitert sind.

Erklärt wird diese Niederlage mit der fehlenden Bereitschaft der BürgermeisterInnen des Regionalverbandes, sich angemessen an der Finanzierung der Tierschutz-Einrichtung zu beteiligen. Einige der Städte und Gemeinden streben eigene Lösungen an, Fundtiere aufzunehmen und zu versorgen. Der 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins, Markus Dick, ist daher beunruhigt: „Wir haben ernsthafte Bedenken, dass Fundtiere seitens der Städte und Gemeinden artgerecht versorgt werden können. Ebenso spiegelt unsere Erfahrung wieder, dass der Tierschutz bei diesen Lösungen eine untergeordnete Rolle spielt und in erster Linie nach Kostenaspekten entschieden wird.“

Eine Abrechnung pro Fundtier sehen einige Städte und Gemeinden als mögliche Lösung an. Doch diese Art der Abrechnung ist für die gemeinnützige Einrichtung, welche hauptsächlich von Ehrenamtlichen betrieben wird, keine Option. Das Bertha Bruch-Tierheim hält 365 Tage im Jahr erfahrene Tierpfleger, Räumlichkeiten und eine tierärztliche Versorgung bereit, um Tiere in Not aufzunehmen und zu versorgen. Diese Fixkosten würden in einer solchen Abrechnungsform nicht gedeckt werden. Daher fordert der Tierschutzverein von den Städten und Gemeinden des Regionalverbands eine Beteiligung an den Kosten des Tierheimbetriebs statt an den Kosten eines einzelnen Fundtiers.

Für die Tierschützer ist klar: Nur ein Tierbetreuungsvertrag, der dem Verein einen festen Betrag im Jahr zusichert, kann langfristig den Tierheimbetrieb sichern. Daher hofft der Tierschutzverein auf ein Umdenken der Städte und Gemeinden im Sinne aller herrenloser Haustiere.

Doch auch wenn die Tierheim-Finanzierung in Saarbrücken weiterhin größtenteils durch Spenden getragen wird, kommen die Tierschützer ihrer sozialen Verantwortung nach. Die Tierschutzberatung und die Überprüfung von Meldungen schlechter Tierhaltung werden auch in den Städten und Gemeinden fortgeführt, die sich nicht an den Kosten der Tierschutzeinrichtung beteiligen.